

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg**

Abteilung Presse

PM 50/09
15.09.09

Konjunkturpaket darf kein Strohfeuer sein

Brandenburg droht in eine Zangenbewegung zu geraten: Einerseits wird das Land 2009 aufgrund der Finanzkrise mit drastischen Steuer- ausfällen von 610 Mio. Euro konfrontiert; andererseits macht die ge- ringe Kaufkraft Brandenburg zu schaffen, da immer mehr Menschen von Niedriglöhnen leben müssten. Das durchschnittliche Haus- haltseinkommen in Brandenburg liegt bei 1500 Euro.

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medien- neu\2009\Konjunkturbeirat-Brdg.doc

E-Mail:
Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:
www.Berlin-Brandenburg.DGB.de

Anlässlich der Tagung des **Konjunkturbeirats** im Brandenburgischen Wirtschaftsministerium wies Doro Zinke, stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg darauf hin, das Konjunkturpaket II drohe zum Strohfeuer zu werden, wenn bei den öffentlichen Investitionen nicht noch einmal deutlich nachgelegt werde. Brandenburg liege bei der Umsetzung des Konjunkturpakets auf den hinteren Plätzen. Bei- spielsweise erschließe sich nicht, warum ein Schießstand in Frank- furt/Oder zur Bildungsinfrastruktur gehören solle. Das Land komme zudem, wie alle Bundesländer, noch stärker in eine Zwangslage, wenn die Schuldenbremse greife: Die Schuldenbremse lege den Län- dern haushaltspolitische Daumenschrauben an, werde zu einem massiven Sparkurs gerade auch im Sozialbereich führen und stütze die neoliberale These, Schuldenmachen sei „Teufelswerk“.

Auch der Arbeitsmarkt stehe vor weiteren Belastungen: So liege die Zahl der Kurzarbeiter mit 24.000 weit über der Berlins (15.500). Jetzt komme es darauf an, Weiterbildung zu betreiben. Im Durchschnitt nutzten nur ein Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit Weiterbil- dungsmöglichkeiten. Das sei jedoch ein sinnvolles Mittel, sich fit zu machen für den Arbeitsmarkt.

Angesichts der verzweifelten Lage von Ländern und Gemeinden ver- zichte die Bundesregierung auf die Wiedereinführung der Vermögensteuer und tue wenig, um die ca. 100 Milliarden Euro an jährlicher Steuerhinterziehung in Deutschland einzudämmen. Da liege der Hase im Pfeffer, so Doro Zinke. Während die Kommunen unter der Finanznot litten, gehe es den Vermögenden immer noch sehr gut. Verteilungsgerechtigkeit sei leider im Wahlkampf kaum ein Thema, das werde sich am 27. September rächen.



Verantwortlicher
Redakteur:
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114